



Erklärung von Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen

Am 21. März 2024 initiierten 20 Beschäftigte und Betriebsräte aus Berliner und Brandenburger Krankenhäusern als Erstunterzeichner folgende Erklärung:

Nein zu Lauterbachs „Krankenhausreform“!

Für ein Sofortprogramm zur Rettung der Krankenhäuser!

Innerhalb weniger Wochen wurde die Kampagne von zahlreichen Krankenhausbeschäftigten, Ärzt*innen, Gewerkschaftskolleg*innen und Personen aus allen Bereichen der Bevölkerung unterstützt.

Die Aktion wurde fortgesetzt als eine Petition auf change.org und erreichte bis heute, 12.06.,

fast 47.000 Unterschriften

In einer bundesweiten Videokonferenz fand am 28.04. ein Austausch zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform statt. Jorinde Schulz vom *Bündnis Klinikrettung* warnte, diese Lauterbachreform dient vor allem einem Klinikabbauprogramm, der Privatisierung des Gesundheitswesens und einer Ausweitung der Zweiklassenmedizin. Von den drohenden Krankenhausinsolvenzen werden 100.000 Beschäftigte betroffen sein. Als Ersatzlösungen bei Schließungen werden z.B. Medizinische Versorgungszentren angepriesen, die aber vor allem den Weg in weitere Privatisierungen öffnen. Bereits 40% der Krankenhäuser sind bereits in privater Hand! Jorinde Schulz fordert die Wiedereinführung des bis 1985 geltende Gewinnverbots für Krankenhäuser. Krankenhäuser auszufinanzieren ist die zentrale Aufgabe des Staates.

Resonanz aus dem Parlament – Lauterbach will es durchdrücken

Die Initiator*innen schrieben persönlich schriftlich Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Abgeordnetenhaus Berlin an mit der Aufforderung, sich in ihren Gremien mit einem NEIN zur Lauterbachreform zu erklären. Ein Abgeordneter von *Die Linke* im Berliner Abgeordnetenhaus stellte sich zu seinem NEIN. Die *Gruppe Bündnis Sahra Wagenknecht* aus dem Bundestag kontaktierte die Initiator*innen und forderte die Bundesregierung am 06.06. in einem Antrag auf, diese Reform zu stoppen und ein Sofortprogramm zur Rettung des Gesundheitswesens aufzustellen. Die *Gruppe Die Linke* analysierte das katastrophale Gesundheitswesen und forderte im Bundestag mit zahlreichen konkreten Maßnahmen die Regierung auf, einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Gesundheitsminister jedoch möchte seinen Regierungsgesetzentwurf noch vor der Sommerpause durchziehen, möglichst ohne Beratung im Bundesrat!

Das provoziert Widerstand!

Manche Bundesländer drohen bereits mit einer Verfassungsklage, weil sie und nicht der Bund für die Krankenhausplanung zuständig sind und ihre Einwände kaum berücksichtigt wurden.

Bündnis Klinikrettung lässt Betroffene zu Wort kommen, in deren Region kleinere Krankenhäuser bedroht sind, die für die wohnortnahe Versorgung wichtig sind. 365 Krankenhäuser sollen zukünftig nur noch ambulante Versorgung bieten, aber keine Notfallversorgung mehr und damit keine Krankenhäuser mehr sein. *Ver.di* kritisiert, dass jede 4. Klinik bis Ende 2025 insolvenzgefährdet ist und viele Standorte aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden.

In der Region Uckermark (eine Fläche doppelt so groß wie das Saarland mit 119.000 Einwohnern) kämpfte die Klinik vergeblich gegen die Schließung der Geburtsstation in Templin. Für eine Entbindung müssen jetzt 50 km bis Eberswalde gefahren werden.

Der Spitzenverband der *Krankenkassen* sieht die von der Regierung geplante Co-Finanzierung der Krankenhausreform über (höhere!) Krankenkassenbeiträge als verfassungswidrig an, da privat Versicherte gar nicht einbezogen werden sollen und Beitragszahlungen eigentlich sowieso für medizinische Behandlungen vorgesehen sind.

Von der Lauterbach-Politik profitieren die Privaten!

Der Gesundheitskonzern *Fresenius* kann Gewinn und Umsatz deutlich steigern. Einsparungen und gute Medikamentengeschäfte geben dem weltweit führenden Gesundheitskonzern *Fresenius*, zu dem *Helios* gehört, einen Schub. Im ersten Quartal legte das bereinigte operative Ergebnis um 15 Prozent auf 633 Millionen Euro zu. Der Umsatz zog um vier Prozent auf 5,7 Milliarden Euro an, währungsbereinigt ein Plus von sechs Prozent. „Fresenius ist exzellent ins Geschäftsjahr 2024 gestartet“, sagte Vorstandschef Michael Sen.

Aus: Bibliomedmanager.de vom 06.06.2024

Unterschriftenkampagne Nein zu Lauterbachs „Krankenhausreform“- Email: unsreichts@gmx.de